Haushaltsrede 2023 CDU Fraktion

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, sehr geehrte Damen und Herren,

nicht ganz ein Jahr ist es her, dass wir an dieser Stelle den Haushalt für das Jahr 2022 verabschiedet haben.

Viele der Themen, die damals in den Haushaltsreden angesprochen wurden, sind auch heute noch aktuell.

Allen voran der schreckliche Krieg in der Ukraine mit all seinen Auswirkungen. Ein Ende ist leider nicht absehbar. Eine der Auswirkungen, mit der auch wir in Groß-Umstadt konfrontiert sind, ist die Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten aus der Ukraine, die zu einem großen Teil auch mit der Hilfe Ehrenamtlicher bewältigt wird. Dafür an dieser Stelle vielen Dank.

Eine weitere Auswirkung, die wir alle zu spüren bekommen, sind die gestiegenen Energiepreise, wenngleich hier eine gewisse Entspannung bemerkbar ist. So kostete z.B. die kWh Gas für Neukunden in der Spitze fast 40ct, mittlerweile liegen die Preise für Neukunden bei erträglicheren 12 ct/kWh. Das stellt gegenüber dem Vorkriegsniveau aber immer noch knapp eine Verdopplung dar. Ähnlich stellt sich die Lage am Strommarkt dar. Kurzum: wir werden mehr Geld für Strom, Wärme und Transport ausgeben müssen. Geld, das nicht nur in der Stadtkasse an anderer Stelle fehlt.

Als Folge der gestiegenen Energie- und auch Lebensmittelpreise ist die Inflationsrate deutlich angestiegen: im Jahresmittel 2022 lag sie bei 7,9%, in der Spitze sogar bei 10,4% im Oktober letzten Jahres. Betrachtet man Energie- bzw. Lebensmittelpreise für sich, so sind hier deutlich zweistellige Teuerungsraten zu verzeichnen.

In wie weit sich die gestiegene Inflation in höheren Tarifabschlüssen niederschlägt werden die Tarifverhandlungen zeigen. Im Haushalt ist eine Steigerung von 3% in diesem Jahr berücksichtigt.

Um die gestiegene Inflation zu bekämpfen, hat die Europäische Zentralbank EZB die Zinsen in mehreren Schritten deutlich angehoben. Der positive Effekt daran: negative Guthabenzinsen gehören der Vergangenheit an, ein Problem, mit dem wir in der Vergangenheit auch zu kämpfen hatten. In den Zahlen im Haushalt schlägt sich diese Zinswende wie folgt nieder: nachdem das Finanzergebnis in diesem Jahr mit -377 T€ angesetzt ist, wird es laut mittelfristiger Finanzplanung im nächsten Jahr noch etwas niedriger bei -338 T€ liegen, steigt dann aber an und soll 2026 bei -795 T€ liegen, d.h. gegenüber 2023 wird die Stadt in 2026 gut 400.000 € mehr an Zinsen aufbringen müssen, was allerdings nicht nur höheren Zinsen geschuldet ist, sondern auch der wieder ansteigenden Verschulden der Stadt,.

Trotz aller Widrigkeiten hat sich die Wirtschaft im letzten Jahr gut geschlagen. Wurde vor einem Jahr noch überwiegend mit einer bevorstehenden Rezession gerechnet, konnte das Bruttoinlandsprodukt im letzten Jahr doch um 1,9% zulegen.

Allerdings sind die Prognosen für das aktuelle Jahr auch bescheiden: die Bundesregierung erwartet in diesem Jahr ein Wachstum von 0,2%. Auch führende Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten für die deutsche Wirtschaft eine jahrelange Schwächephase. Als Hauptgründe werden genannt: Zu wenige Fachkräfte, zu abhängig von teuren Energieimporten, zu viel Bürokratie.

Dies spiegelt sich auch in einer Allensbach-Umfrage wieder: so lebt die überwiegende Zahl der befragten gerne in Deutschland, sieht im kulturellen Angebot, in Lebensstandard und –qualität, im Qualitätsbewusstsein von Bevölkerung und Unternehmen, in Wissenschaft und Forschung die Stärken des Landes.

Trotz dieser Stärken wachsen die Zweifel an der Zukunftsfähigkeit: nur 31% glauben daran, dass sich Deutschland in den nächsten 10 Jahren gut entwickeln wird, nur 39% gehen davon aus, dass Deutschland in den nächsten 10 – 15 Jahren noch zu den führenden Wirtschaftsnationen gehört.

62 Prozent der Befragten sehen Defizite bei der Effizienz von Ämtern und Behörden. Dabei sehen 79 Prozent die wuchernde Bürokratie und vielen Vorschriften als einen Hauptgrund für die staatlichen Defizite. Hinzu kommt, dass sich für manche Aufgaben niemand verantwortlich fühlt und oft auch niemand Verantwortung für Mängel und Fehler übernehmen muss. Man kann hier teilweise von organisierter Verantwortungslosigkeit sprechen.

Ich kann nicht sagen, wie viele Umstädter an dieser Befragen teilgenommen haben bzw. wie das Ergebnis für Umstadt aussehen würde. Es sollte aber unser Ansporn sein, in Bezug auf unsere Verwaltung und damit auf unseren Einflussbereich ein besseres Ergebnis zu erzielen (an der mangelnden Zuverlässigkeit staatlicher Transportdienstleistungen werden wir nicht viel ändern können).

Wir haben in diesem Jahr mit der Freiherr vom Stein Stiftung Ansätze für die strategische Haushaltskonsolidierung erarbeitet. Diese gilt es nun umzusetzen, was zum einen noch ein Stück Weg bedeutet, der vor uns liegt, zum anderen sicher zu kontroverse Diskussionen führen wird, denn: Einsparungen vorzunehmen ist keine vergnügungssteuerpflichtige Veranstaltung.

Gleichwohl werden wir diesen Weg gehen müssen, denn aus unserer Sicht würden wir es uns zu einfach machen, wenn wir nur die Einnahmeseite betrachten und die Steuern anheben.

Jetzt wird der ein oder andere vielleicht anmerken: ja wenn die Stadt einsparen will, warum werden dann mehr Stellen geschaffen? Ganz einfach: weil es erst einmal Arbeit bedeutet, z.B. die Quick Wins zu bewerten und zu einer Entscheidung zu

führen. Weil es erst einmal Arbeit bedeutet, Modernisierungsstrategien zu entwickeln und umzusetzen und Leitprojekte abzuarbeiten. Hinzu kommen auch noch Anträge aus der Politik, die sich auch nicht von allein erledigen.

Wir werden also erst einmal investieren, um in der Zukunft die Ernte einzufahren. Den 10 zusätzlichen Stellen (davon 5,8 im Kita Bereich), die im Haushalt enthalten sind, stehen 15 Stellen mit einem sogenannten KW-Vermerk gegenüber, d.h. Die Stelle kann in Zukunft wegfallen. Wenn die Rechnung also aufgeht, werden wir zukünftig weniger Stellen haben.

Um den gesamten Modernisierungsprozess zu steuern, wurde die Stabstelle Modernisierung und strategisches Controlling geschaffen und intern besetzt. In Anbetracht der Aufgaben, die vor uns liegen, sicher eine verantwortungsvolle Stelle.

Ziel der Modernisierung sollte aber auch sein, Prozesse zu hinterfragen, vor allem im Hinblick auf die zuvor erwähnte, wuchernde Bürokratie. Prozesse sollten vereinfacht werden und von überflüssiger Bürokratie entrümpelt werden.

Weiterhin ist die Digitalisierung der Prozesse voranzutreiben. Gerade nachdem Deutschland die gesteckten Ziele aus dem Onlinezugangsgesetz verfehlt hat, ist es wichtig die Rückstände bei der Digitalisierung aufzuholen. Hier sind auch Bund und Länder gefordert, aber die kommunale Verwaltung kann sicher das in ihrem Einflussbereich stehende umsetzen.

Ärgerlich ist, dass die Schulumlage nochmals angehoben wurde. Die Anforderungen an die Einsparbemühungen, die der Kreis an seine Kommunen stellt, sollte er auch einmal bei sich selbst anlegen. Ich appelliere an die Kreistagsmitglieder, darauf hinzuwirken.

Im Investitionsprogramm ist die Schwimmbadsanierung die größte Einzelinvestition. Das Vorgehen bei der Sanierung wurde hier mehrheitlich so beschlossen, wir hoffen, dass es bei dem gesteckten Kostenrahmen bleibt.

Es folgen die Investitionen in die Erweiterung bzw. den Neubau von Kitas, die auch in den nächsten Jahren noch erforderlich sein werden um insgesamt weitere 200 Plätze anbieten zu können. Mehr Kita-Plätze ziehen auch mehr Stellen für Betreuerinnen und Betreuer nach sich, was in den Haushalten der nächsten Jahre dauerhaft zu höheren Personalausgaben führen wird. In diesem Punkt zeigt sich ganz besonders die Notwendigkeit der Haushaltkonsolidierung, damit wir diese Pflichtaufgabe erbringen können. So ist für dieses Produkt im Haushalt 2023 ein Zuschussbedarf von 7,7 MioEUR vor interner Leistungsverrechnung veranschlagt, 2018 lag der Zuschussbedarf noch bei 5,1 MioEUR. So richtig es auch ist, die Betreuungsplätze anzubieten, so sehr müssen wir uns auch Gedanken um die Finanzierung machen.

Für die nächsten Haushalte wünschen wir uns, Ziele und Kennzahlen zu definieren, um ein Steuerung über diese vornehmen zu können.

Last but not least unser Dauerbrenner: Bessere Lesbarkeit des Haushaltes: in den Produktbeschreibungen und Erläuterungen ist weiterhin Luft nach oben gegeben.

Wir finden, dass der Bürgermeister und die Verwaltung mit dem vorliegenden Haushalt die Grundlage für die Verwaltungsmodernisierung erhält und wünschen uns allen bei diesem Vorhaben ein gutes Gelingen.

Dem vorliegenden Haushalt und den Änderungsanträgen der Verwaltung werden wir zustimmen.